

NIEDERSACHSEN VORWÄRTS



OKTOBER 2012 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

OLAF LIES WIRD DER NEUE WIRTSCHAFTSMINISTER

Schulterschluss von Stephan Weil und Olaf Lies für Wahlsieg in Niedersachsen.



Stephan Weil stellt seinen Wirtschaftsminister in Braunschweig vor.

Der Beifall, den unser Landesvorsitzende Stephan Weil und sein Stellvertreter Olaf Lies voreinigigen Tagen beim Braunschweiger Wirtschaftskongress der niedersächsischen SPD erhielten, ist ein ausgezeichnetes Signal für die Landtagswahl am 20. Januar 2013. Ein Großteil der mehr als 200 Vertreter aus allen Bereichen der regionalen Wirtschaft macht mit viel Applaus deutlich, dass die wirtschaftspolitischen Programmentwürfe für das Regierungsprogramm eine breite Unterstützung auch bei Personen finden, die keine klassischen SPD-Wähler sind.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Erklärung des künftigen Ministerpräsidenten Stephan Weil, dass sein Stellvertreter im SPD-Landesvorsitz, Olaf Lies, nach der Landtagswahl auch Wirtschaftsminister in Niedersachsen werden soll.

Weil lobte die hohe wirtschaftspolitische Kompetenz von Olaf Lies, der als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion das Geschäft verstehe und bei den Menschen gut ankommt. Weil: »Olaf Lies wird ein hervorragender Wirtschaftsminister für Niedersachsen sein!«

Sowohl mit Olaf Lies in Hannover als auch mit Peer Steinbrück in Berlin zeige die SPD ihr exzellentes wirtschafts- und

finanzpolitisches Profil. »Die SPD will die führende Kraft in Bund und Land sein«, betonte der künftige Ministerpräsident.



Von der Entscheidung für den SPD-Kanzlerkandidaten erwartet Weil Rückenwind für die SPD in Niedersachsen: »Damit wird der Regierungswechsel in Hannover noch leichter.«

In den nächsten Wochen wird Stephan Weil weitere Mitglieder seines Regierungsteams vorstellen. Olaf Lies, der als künftiger Wirtschaftsminister eine Schlüs-

selstellung in der niedersächsischen Politik bekleidet, bedankte sich in seiner Rede für das Vertrauen von Stephan Weil und versprach einen engen Dialog mit allen Partner in allen niedersächsischen Regionen. »Wir haben eine innovationsorientierte Wirtschaft in Niedersachsen und müssen den hohen Fachkräftebedarf decken«, betonte der aus Sande kommende Politiker, der auch dem Kreistag von Friesland angehört. »Kluge Köpfe im Land bringen die Wirtschaft voran. Deshalb müssen wir uns auch stark im Bildungsbereich engagieren!«

Für den gelernten Elektro-Ingenieur, der über die Gewerkschaftsarbeit in die Politik gekommen ist, ergeben sich vielfältige Herausforderungen an sein Resort. Dazu gehören die Weiterentwicklung der Infrastruktur (Eisenbahnstrecken, Straßen, Autobahnen, Datennetze), die demografische Entwicklung im Land und vor



Unterstütz den nächsten Ministerpräsidenten. Stephan Weil auf Facebook: [facebook.com/Stephan.Weil](https://www.facebook.com/Stephan.Weil)



Mit dem Smartphone direkt zu Stephan Weil auf Facebook.

Unser Landesvorsitzende und zukünftiger Ministerpräsident Stephan Weil freut sich, dass die K-Frage entschieden ist: »Das ist eine gute Wahl - Peer Steinbrück kann Kanzler. Nun geht die SPD geschlossen in den Wahlkampf für den Wechsel in Niedersachsen und im Bund. Ich lade die SPD sehr herzlich zur offiziellen Nominierung des zukünftigen Kanzlers im Dezember nach Niedersachsen ein.«

allem die Energie-Wende. »Sie ist eine große Chance für Wachstum und neue Arbeitsplätze«, so der 45jährige Vater von 2 Töchtern.

Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik müssen nach seinen Worten die Menschen stehen. Deshalb müsse Schluss sein mit prekären Arbeitsverhältnissen, deren Ent-

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Stephan Weil und Olaf Lies beim SPD-Wirtschaftskongress.



Volle Stuhlreihen beim Wirtschaftskongress in Braunschweig.

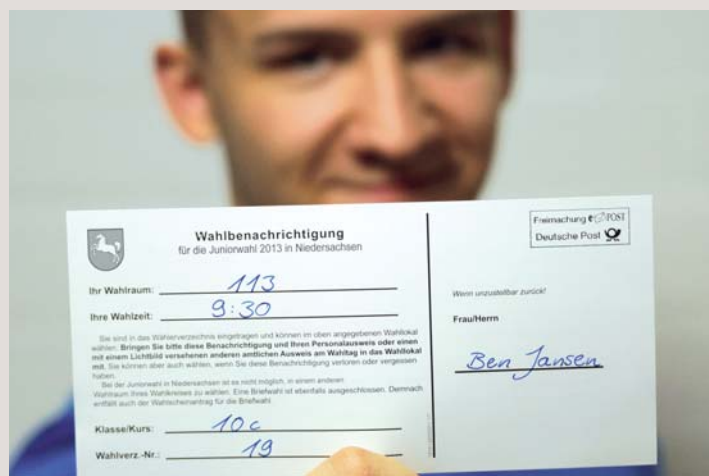


Diskussion über Energiepolitik und Mobilität auf dem Wirtschaftskongress: v.l.n.r.: Matthias Miersch MdB, Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Brandt vom Institut für Regionalwirtschaft, Jörg Lahner von der HAWK Hochschule Göttingen und Thomas Müller von der IG Metall Niedersachsen / Sachsen-Anhalt.



Der nächste niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies und Helga Schwitzer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Schwitzer machte auf dem Wirtschaftskongress deutlich: »Die Gewerkschaften fordern einen Politikwechsel für Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen. Dafür brauchen wir eine innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik, die den Rahmen für eine Neuordnung des Arbeitsmarkts setzt. Bei der Vergabe aller öffentlichen Aufträge müssen Tariflöhne gezahlt werden. Dazu braucht es ein wirksames Tarifreuegesetz, das Lohn- und Sozialdumping verhindert. Das hilft vor allem dem Handwerk. Der Staat darf sich nicht weiter zurückziehen: Das VW-Gesetz und die Beteiligung an der Salzgitter AG sind unverzichtbare Grundpfeiler einer sozial und bewussten und dem gesellschaftlichen Ganzen verpflichteten Wirtschaftspolitik.«

SPD UNTERSTÜTZT »JUNIORWAHL 2013«



Juniorwahl ist ein Projekt zur politischen Bildung an Schulen. Hierfür stehen den Lehrerinnen und Lehrern zahlreiche spezielle Unterrichtsvorschläge für die Landtagswahl 2013 in Niedersachsen zur Verfügung. Der Höhepunkt für die Schülerinnen und Schüler ist die Wahl, die als Online-Wahl am Computer oder klassisch als Papierwahl organisiert wird. Das Ergebnis wird am Wahlsonntag um 18.00 Uhr bekannt gegeben und in der örtlichen Presse veröffentlicht.

Durch den Erwerb einer »Juniorwahl-Aktie« ermöglichen die Landtagskandidaten Schulen die Teilnahme an der Juniorwahl. Es ist ein Zeichen gegen Politikverdrossenheit und Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, mit dem Jugendliche auf diese Weise Demokratie üben und erleben können. www.juniorwahl.de

Fortsetzung von Seite 1

lohnung nicht zum Leben reicht. Zu den ganz großen Zielen künftiger SPD-Politik in Niedersachsen gehört deshalb die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen. Der Braunschweiger Wirtschaftskongress bot für die Teilnehmer umfangreiche Möglichkeiten, weitere Impulse für den Dialogprozess zu geben. In 3 Foren wurde über Arbeit, Energie, Mobilität sowie den Mittelstand und die Wirtschaftsförderung in Europa diskutiert. Daran beteiligte sich auch die SPD-Europa-Abgeordnete Bernd Lange aus Burgdorf bei Hannover.

Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und SPD-Mitglied forderte in Braunschweig einen Politikwechsel für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen. Die Gewerkschafterin: »Dafür brauchen wir eine innovative und nachhaltige Wirtschaftspolitik, die den Rahmen für eine Neuordnung des Arbeitsmarkts setzt. Bei der Vergabe aller öffentlichen

Aufträge müssen Tariflöhne gezahlt werden. Dazu braucht es ein wirksames Tarifreuegesetz, das Lohn- und Sozialdumping verhindert.« Stephan Weil und Olaf Lies sicherten ihr zu, dies im Rahmen der künftigen rot-grünen Landespolitik umzusetzen. Übereinstimmung gab es auch beim VW-Gesetz und der Beteiligung an der Salzgitter AG als unverzichtbare Grundpfeiler einer sozialen und dem gesellschaftlichen Ganzen verpflichteten Wirtschaftspolitik.

SPD und IG Metall setzen sich gemeinsam für sichere und faire Arbeitsbedingungen ein. Unternehmen, die von öffentlicher Wirtschaftsförderung profitieren, müssen soziale Standards, Tarifverträge und Leiharbeitsquoten einhalten. Ähnlich wie in Sachsen-Anhalt und Thüringen bereits heute gesetzlich verankert, will die SPD in Niedersachsen den Betrieben nur dann volle Investitionszuschüsse gewähren, wenn der Anteil der Leihbeschäftigten weniger als 10 Prozent beträgt. ■

ALLES UNTER EINEM DACH

SPD Hannover feiert ihr traditionelles Schorsenfest!



Viele prominente Gäste ließen sich in diesem Jahr beim Schorsenfest sehen.

Gut gelaunt, mit vielen prominenten Gästen und mitreißender Musik feierte die SPD Hannover am Samstag, 15. September, ihr diesjähriges Schorsenfest auf dem Platz der Weltausstellung.

Wie vielfältig und breit verankert die

SPD dabei auf allen Ebenen in Stadt, Region, Land und Bund vertreten ist, zeigte das Programm: Im ersten Teil des Festes standen die Landespolitik und unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl am 20.1 2013 im Mittelpunkt – allen

voran Stephan Weil, der im Gespräch mit Norbert Walter-Borjans, Finanzminister in NRW, aufzeigte, wie sehr Niedersachsen von einer guten gemeinsamen Politik mit dem rot-grün regierten Nachbarland profitieren wird!

Es folgten unterhaltsame Talks u.a. mit Stefan Schostok und Willi Lemke, der nicht zuletzt von den Bremer Fußball-Fans, die an diesem Tag zu Gast bei Hannover 96 waren, fröhlich begrüßt wurde.

Neben dem Bühnenprogramm gab es ein buntes Programm der SPD-Gliederungen für die ganze Familie: Glücksrad, Kinder-Rodeo, Bratwurst & Co. Dies alles lockte viele Besucher an, die dann auch mit einem Foto und einem persönlichen Kommentar die Unterstützung für unseren Spitzenkandidaten dokumentieren konnten.

Besonders war auch der äußere Rahmen: Erstmals fand das Schorsenfest unter einem großen »Schirm« statt, der über dem Platz der Weltausstellung schwebte und auch symbolisch deutlich machte: Bei der SPD arbeiten sie alle unter einem Dach! ■

WEIL UND SCHULZ GEGEN ÄNDERUNG AM VW-GESETZ



Trafen sich vor dem niedersächsischen Landtag: Stephan Weil (links) und der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz.

Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der SPD Niedersachsen, Stephan Weil, stellte während einer Pressekonferenz mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) seine Pläne zur Einrichtung eines Europaministeriums vor. Nach einem Wahlsieg am 20. Januar 2013

plant der Spitzenkandidat Weil die Einrichtung eines Ministeriums für Europa, regionale Entwicklung und Landwirtschaft. Die schwarz-gelbe Landesregierung betreibt derzeit eine Zersplitterung der Mittel: Verschiedene Institutionen verantworten die Vergabe der Fördergelder ohne dabei die nachhaltige Entwicklung in den Fokus zu nehmen. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 sind 2,7 Milliarden Euro nach Niedersachsen geflossen. Weil erklärte: »Das Europaministerium wird die EU-Strukturförderungen bündeln und gezielt zur regionalen Entwicklung nutzen. Die Bündelung wird auch für klare Strukturen sorgen und den Einfluss von Niedersachsen in der EU steigern.«

Martin Schulz versicherte bei der Pressekonferenz, dass er Änderungen am VW-Gesetz verhindern will. »Ich werde das, was ich an Möglichkeiten habe, einsetzen, um für das VW-Gesetz zu kämpfen«, sagte Schulz in Hannover. Des Weiteren machte er die Bedeutung des Euros für Niedersachsen deutlich: »In Niedersachsen befinden sich weltweit operierende Konzerne, die ohne den Euro nicht handlungsfähig sind.« ■



ZUM 90. GEBURTSTAG VON PROF. WIEMANN: EHRENBaum FÜR WILLY BRANDT GEPFLANZT

Prof. Dr. Dr. Günter Wiemann ist seit 63 Jahren SPD-Mitglied in Braunschweig und Inhaber der »Willy-Brandt-Medaille«. Er hat sich zu seinem diesjährigen 90. Geburtstag etwas ganz Besonderes gewünscht. Es ist ein Ehrenbaum für Willy Brandt, der im Europa-Garten des »Europäischen Bildungswerks für Beruf und Gesellschaft« in Magdeburg gepflanzt wurde. Dieses Bildungswerk berät der Jubilar seit 20 Jahren freundschaftlich. An der Pflanzung nahm auch Prof. Dr. Peter Brandt teil. Der erste freigewählte Oberbürgermeister Magdeburgs, Dr. Willy Polte (SPD) würdigte in einer Ansprache sein politisches Vorbild Willy Brandt, der mit seiner Politik die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten eingeleitet habe. ■

KURSWECHSEL FÜR BILDUNG

AfB arbeitet an Regierungsprogramm für Niedersachsen.



Mehr als 100 Teilnehmer zählt die AfB Hannover bei ihrer jüngsten Veranstaltung in der IGS Linden.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) des Unterbezirks Hannover ist ein Beispiel dafür, wie aktiv sich eine Arbeitsgemeinschaft in die Parteiarbeit einbringen kann. Im März 2011 wurde Thomas Bechinie zum Vorsitzenden gewählt und er ist mit dem Anspruch an den Start gegangen, nicht nur regelmäßige Treffen zu organisieren, in denen die derzeitige Regierungspolitik von Schwarz/Gelb beklagt wird, sondern die konkrete Zuarbeit in Bildungsfragen für die Partei zu organisieren.

Im vorigen Jahr hat die AfB ein Faltblatt zur Bildungspolitik für die Kommunalwahlen erarbeitet. In diesem Jahr wurde in vielen Treffen, Kleinstarbeitskreisen und Abstimmungsrunden ein neues Positionspapier zur Bildung erarbeitet, das hohe Anerkennung erlangte. Das Positionspapier ist auch an die Regierungskommission gesandt worden, um Vorschläge für die zukünftige Regierungspolitik zu machen. In diesem Kontext stand auch die Dialogveranstaltung »Gute KITA für alle? Von der Bildung bis zum Beruf«, die am 12. September in der IGS Linden stattfand.

Thomas Bechinie eröffnete die Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn und leitete zum Polittalk mit dem ehemaligen Kultusminister und Landtagspräsidenten a.D., Prof. Rolf Wernstedt, über. Wernstedt sagte u.a., dass sich sozialdemokratische Bildungspolitik der Verbesserung der Lernbedingungen widmen muss und für eine bedarfsgerechte, verlässliche und

qualitativ hochwertige frühkindliche Erziehung und Bildung in Kitas einsetzen muss. Die Einrichtung von Gesamtschulen seien am Elternwillen auszurichten, die berufliche Bildung zu fördern und der Weg zum Abitur nicht in das Korsett von G8 einzuzwängen.

Auch das Podium, moderiert von Dr. Jessica Löser, war hochkarätig besetzt. Prof. Dr. Rolf Werning von der Leibniz-Universität setzte sich dafür ein, in der Schule individuelles Lernen zu fördern. Im Unterricht sollten die Stärken der Schülerinnen und Schüler mehr gefördert werden. Der heute geltende Leistungsbegriff sollte um die Belange der modernen Welt erweitert werden, nämlich um Kooperationsfähigkeit, Empathie und Problemlösungskompetenzen.

Prof. Dr. Gregor Terbuyken zitierte aus der aktuellen OECD-Studie, wonach in der Gruppe der 20–30jährigen mehr Menschen arbeitslos seien, als in der Gruppe der 50–60jährigen und nur 20% der Schulabgänger einen höheren Bildungsabschluss erreichten, als ihre Eltern (OECD-Durchschnitt 37%). Anne Wolters, Schulleiterin der Grundschule Am Lindener Markt wies darauf hin, wie wichtig es sei, dass Lehrkräfte und Eltern sich stärker auf die Stärken des Kindes fokussieren.

Der Präsident der Region Hannover, Hauke Jagau, sprach sich dafür aus, dass die Unterrichtskonzepte der Vollzeitbildungsgänge an den Berufsbildenden Schulen noch stärker auf Kreativität, Eigenständigkeit und Selbstorganisationsfähigkeit ausgerichtet werden, um

den oft vorhandenen »Versagensstatus« zu überwinden. Christoph Walther, Hausherr und Schulleiter der IGS Linden, sagte u.a., dass die Ausstattung von Schulen dahingehend optimiert werden muss, dass sie eine angenehme Lernatmosphäre vermittelt, so dass Neugier geweckt werden kann und viele Anlässe zum individuellen Lernen geboten werden.

Aus dem Publikum kamen noch Anregungen, dass die Bestandsgarantie für die bisherigen Schulformen aus dem Dialogpapier gestrichen werden sollten und die Restriktionen für die Errichtung von Gesamtschulen im Falle einer Regierungsübernahme durch die SPD aufzuheben seien.

Über 100 Teilnehmer diskutierten angeregt und leidenschaftlich an diesem Abend. Die Anregungen wurden protokolliert und werden an die Regierungskommission weitergeleitet.

»Eine tolle Veranstaltung«, freut sich der Vorsitzende Bechinie, »wir haben als Partei den ganzen Abend über nur zugehört, was Experten, Berufsgruppen und Eltern uns zu sagen haben!«

Im letzten Teil der Veranstaltung standen die Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl für Gespräche zur Verfügung.

»Auch in den nächsten Wahlkämpfen wird es wieder Unterstützung für die Partei geben, so wird derzeit ein Faltblatt für den Landtagswahlkampf gestaltet«, sagt der Vorsitzende. ■

Mehr Informationen unter:
<http://afb.spd-region-niedersachsen.de>.

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Remmer Hein,
Christoph Matterne,
Sebastian Schumacher,
Burkhard Zühlke

Titelfoto Stephan Weil:

Dominik Butzmann

Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover

E-Mail: vorwaerts@spdnnds.de

Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

SPD WESER-EMS UND GEWERKSCHAFTEN SETZEN DIALOG FORT

Das zweite Treffen der regionalen Gewerkschaftsvertreter mit den Abgeordneten und dem Bezirksvorstand der SPD in Weser-Ems hatte diesmal die Themen Werkverträge und Rentendiskussion zum Thema. Damit wird ein regelmäßiger Dialog fortgesetzt, der auch kontroverse Standpunkte beinhaltet. Beim Thema Rente begrüßten alle Anwesenden in Oldenburg die aktuelle Diskussion um das Erreichen des Rentenalters bei 45 Versicherungsjahren. Auch die Vorschläge der SPD zu den Regelungen bei Erwerbsminderungsrenten wurden von allen Teilnehmern begrüßt. Allerdings ist auch klar die Verbreiterung der Einnahmehasis der Rentenversicherung gefordert worden.

Als regionales Schwerpunktthema wurde von beiden Seiten die ungebremste Zunahme der Werkverträge in den Unternehmen der Region angeprangert. In einigen Branchen, wie z.B. der Fleischindustrie, wird von den Gewerkschaften fast schon kriminelle Energie konstatiert, wenn es darum geht, auf Kosten der Arbeitnehmer enorme Gewinnspannen



abzuschöpfen. Dieses Gebaren ist inzwischen auch nicht mehr auf Arbeitnehmer aus den ehemaligen Ostblockländern beschränkt, auch bundesdeutsche Arbeitnehmer werden mehr und mehr in existenzbedrohende Werkvertragsarbeitsverhältnisse gedrängt, wie Insider berichteten. Die Bezirksvorsitzende Hanne Modder sprach sich daher dafür aus, dass der Mindestlohn auch in Werkverträgen nur als untere Grenze zu verstehen ist. Gute Arbeit braucht eine klare Tariflohnbin-

dung, so Modder. Die Vertreter der Gewerkschaften waren einhellig der Meinung, dass jedes Arbeitsverhältnis sozialversichert werden muss und der Missbrauch der Werkverträge nicht dazu führen darf, dass die Stammbeschäftigten immer weiter reduziert werden. Werkverträge bedürfen einer klaren gesetzlichen Regelung und müssen streng kontrolliert werden. Sie dürfen nicht zum unkontrollierbaren Ersatz für Leiharbeit werden. ■



Die Bezirksvorsitzende Hanne Modder und der stv. Landesvorsitzende Olaf Lies im Gespräch mit regionalen Gewerkschaften in Oldenburg.

PETRA TIEMANN ERNEUT BEZIRKSVORSITZENDE

Stephan Weil fordert bessere Bildungspolitik in Niedersachsen

Petra Tiemann, Landtagsabgeordnete aus dem Landkreis Stade, steht weiterhin an der Spitze des neu gewählten Bezirksvorstandes des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen. Sie erhielt 94,5% der Stimmen. Petra Tiemann führt seit 2010 den nördlichsten der vier Parteibeirke in Niedersachsen.

Die Delegierten wählten zudem Gwendolin Jungblut (Verden, 82,5%), den Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil (Heidekreis, 79,4%), Bernd Wölbern (Rotenburg, 81,4%) und Claus Johannßen (Cuxhaven, 81,4%) als stellvertretende Vorsitzende wieder. Finanzverantwortliche bleibt Christina Jantz (Osterholz). Weitere Vorstandsmitglieder sind: Daniela Behrens (Cuxhaven), Angelika Dorsch (Rotenburg), Richard Eckermann (Verden), Dr. Dörte Liebethuth (Verden), Michael Muckle (Cuxhaven), Stefan Schimkatis (Stade), Jendrik Schröder (Osterholz), Annette Schütz (Heidekreis), Franka Strehse (Heidekreis), Gunnar Wegener (Cuxhaven) und Heinz Carlsson (Rotenburg).

Der SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Stephan Weil, sprach sich in seiner kämpferischen Rede vor den Delegierten deutlich gegen das geplante Betreuungsgeld aus. Dadurch werde der nötige Ausbau von Kinderbe-

treuungsstätten ausgebremst. Stattdessen muss sich die Politik in Niedersachsen massiv um Bildung und Familienfreundlichkeit kümmern. Die Diskriminierung der Gesamtschulen in Niedersachsen muss aufhören. Weil: »Unternehmer fordern zu Recht eine verbesserte berufliche Qualifizierung.«

»Es ist schon beeindruckend«, so Stephan Weil, »wie weit die jetzige Landesregierung weg von den Menschen ist«. Sie kümmert sich nicht um die zentralen Themen des Landes. Eine solche Landesregierung gehört abgewählt. Der SPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl will seine Regierungspolitik in die Regionen des Landes bringen. Landesbeauftragte sollen Ansprechpartner für die Kommunen sein und die Interessen der Kommunen direkt in die Regierungsarbeit einbringen.

Der Europaabgeordnete Bernd Lange warb für den Euro: »Wir brauchen die Währungsunion und den gemeinsamen Markt. An den Stammtischen werden da gerne die »einfachen« Lösungen gehandelt: Schuldnerländer raus aus der Währungsunion oder gleich ganz weg mit dem Euro. Doch die vermeintlich einfachsten Lösungen sind nicht immer die besten.« Er erinnerte daran, dass Deutschland nach dem



Zweiten Weltkrieg mit der solidarischen Hilfe anderer Staaten seine heutige Wirtschaftskraft erlangen konnte.

Der Bezirksparteitag sprach sich unter anderem einstimmig für eine bezahlbare leistungsfähige, sichere und flächendeckende medizinische Versorgung aus, die für alle bezahlbar ist. »Gesundheit für alle, das ist nicht nur ein Verfassungsauftrag. Das ist ein zentrales Thema sozialdemokratischer Politik«, so die Bezirksvorsitzende Petra Tiemann. Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog beschreiben die Sozialdemokraten notwendige Maßnahmen, die behinderten Menschen die vollständige Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen sollen. ■

Petra Tiemann nach ihrer Wiederwahl mit Bezirksvorstandsmitgliedern: vlnr. Claus Johannßen, Bernd Wölbern, Petra Tiemann, Lars Klingbeil, Dr. Dörte Liebethuth, Jendrik Schröder und Sandra Sabrina Groß.

FÜR MEHR EUROPA – UM ARBEIT IN NIEDERSACHSEN ZU SICHERN

Von Bernd Lange



Engagement für ein starkes und soziales Europa:
Martin Schulz (Präsident des Europäischen Parlaments) und Bernd Lange (SPD-Europaabgeordneter)

»Euro und Europa in der Krise« – zu keinem anderen Themenbereich habe ich in den letzten Monaten häufiger diskutiert. Viele Fragen rund um Griechenland, Staatsverschuldung und europäischer Solidarität waren Ausgangspunkt der Diskussion.

Die Ursachen der Krise darf man nicht allein bei Griechenland suchen oder darin, dass einige Südländer angeblich nicht mit Geld umgehen können. Vielmehr muss man auf das Jahr 2008 sehen, als mit dem Konkurs der Lehman-Brothers Investmentbank die Finanzkrise Wellen schlug: Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sahen sich daraufhin gezwungen umfassende Rettungsschirme für die Banken aufzuspannen und die Konjunktur mit Programmen zu stärken. Dadurch erhöhte sich überall der Schuldenstand innerhalb von nur zwei Jahren dramatisch: in Deutschland von 62% des Brutto-sozialprodukts (BSP) auf heute 82%. In Irland vervielfachte sich der Wert von 25% des BSP auf heute 110%; in Spanien verdoppelte sich der Schuldenstand von 35% des BSP auf heute 74%. Der Mittelwert der Verschuldung der EU-Staaten liegt bei 85% des BSP. Deutschland liegt im Mittelfeld. Zinssteigerung und Spekulation haben die Krise verstärkt. Es gab einen Abwertungsdruck auf den Euro. Wetten (Derivate) auf das Auseinanderbrechen des Euro wurden spekulativ geschlossen. Mit Hilfe neuer Finanzmarktinstrumente wie z.B. den Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) wurde spekuliert, was zur Verteuerung von Krediten führte.

Die erste Anti-Krisen-Maßnahme muss sein, Finanzmärkte wieder in ihre

Schranken zu verweisen. Neue Spielregeln für die Finanzmärkte müssen her wie zum Beispiel mehr Transparenz, eine europäische Bankenaufsicht, das Verbot von rein spekulativen Geschäftsmodellen, die Einführung der Finanztransaktionssteuer und eine Stärkung der Volks-/Raiffeisenbanken und Sparkassen als wirkliche Banken mit einer dienenden Funktion für die Wirtschaft. Frau Merkel hat hier viel zu zögerlich gehandelt, das hat nicht zu einer Beruhigung der Märkte beigetragen.

Es ist in unserem ureigensten wirtschaftlichen Interesse in Niedersachsen, wenn die Eurozone und die EU stabil bleiben. Die Rückkehr zu nationalen Währungen würde bedeuten, dass die deutschen Exporte sich verteuern würden und durch Währungsschwankungen und einen gebrochenen Binnenmarkt unsicherer würden. Über 75% der niedersächsischen Exporte gehen in den EU-Binnenmarkt. Wenn in unseren Partnerländern in der EU keine Investitionen mehr möglich sind, können auch keine niedersächsischen Produkte gekauft werden. Das gefährdet unsere Arbeitsplätze. In 2011 ist z.B. der Export aus Niedersachsen nach Griechenland um ein Viertel zurückgegangen.

Schon Milton Keynes hat formuliert: »Wer sparen will, muss wachsen lernen«. Wer nur kürzt, vernichtet Jobs und damit auch die Staatseinnahmen, die nötig sind, um Schulden abzubauen. Alles andere ist für uns ein Bumerang. Natürlich bedarf es Strukturveränderungen in vielen Ländern, natürlich muss die Korruption bekämpft werden, natürlich muss die Schuldentilgung vorangetrieben werden. Aber diese Länder brauchen gleichzeitig eine Zins- und Kreditpolitik, die einen Spielraum für Investitionen ermöglicht!

Helmut Schmidt hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland heute »leider Gottes von national-egoistischer Sichtweise« geprägt ist. Dies spiegelt sich auch in Äußerungen aus Teilen der Politik wieder, wenn z.B. der niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode sagt: »Griechenland ist ein Klotz am Bein bei der Euro-Rettung«. Aber auch der Bundesbankpräsident und die Bundeskanzlerin spielen sich auf, als ob Deutschland das Musterland in Europa und Maßstab für alle sei. Dies führt zu Verunsicherung bei unseren Partnern. Es verhindert Investitionen in anderen Ländern und hemmt die Entwicklung in Europa. Die europäische Einigung darf nicht an deutscher Großmannsucht scheitern! Gerade wir in Deutschland mit unserer geschichtlichen Verantwortung sollten jegliche Überheblichkeit vermeiden. Ohne eine Entschuldung Deutschlands 1953 (siehe Kasten) wäre unser Wirtschaftswachstum nicht möglich, ohne die europäische Einigung unsere politische Entwicklung nicht möglich gewesen. Jetzt ist es an uns, der politischen und wirtschaftlichen Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Es ist völlig unhistorisch und im höchsten Maße politisch unseriös mit dem Finger auf Griechenland oder andere Länder der EU zu zeigen. Nur gemeinsam als EU haben wir global eine Chance. Und das ist nicht zuletzt in unserem eigenen wirtschaftlichen und auch politischen Interesse. ■



Alle zwei Wochen neues aus Europa:
www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

LONDONER SCHULDENKONFERENZ

Schon einmal hat es eine Schuldenkonferenz über den Schuldenverzicht und Rettung eines hoch verschuldeten Landes gegeben: 1953 in London ging es um Deutschland, das insgesamt mit ca. 30 Mrd. DM verschuldet war. Angesichts eines Bundeshaushalts in 1952/53 von 23 Mrd DM war das eine gewaltige Summe. Die anderen europäischen Länder und die USA waren sich sicher, dass Deutschland seine Schulden nur mit Wachstum und Beschäftigung wieder zurückbezahlen kann, sich so politische Stabilität entwickeln würde. Letztendlich wurden der Bundesrepublik Deutschland 1953 zwei Drittel der Vorkriegs- und Nachkriegsschulden erlassen, Zinsen auf ein realistisches Niveau von ca. 2,5% gesetzt und das Zahlungsziel bis 1988 gestreckt. Durch die Entschuldung wurde Deutschland kreditwürdig und es konnte investiert werden. Übrigens war eines der 21 Länder, die Deutschland seine Schulden erließen, Griechenland...

»Mein lieber Mann, war der geladen«, staunt ein Besucher des Galopprennens auf der Elbinsel Krautsand bei Stade. Dabei sollte Ministerpräsident David McAllister eigentlich nur das tun, was er immer gerne tut. Lächeln und Komplimente verteilen wie: »Der Kreis Stade ist eine aufstrebende Krone in der Metropolregion« oder: »So eine Kartoffeldämpfanlage gibt es kein zweites Mal in Deutschland. Dazu gratuliere ich der Eigentümerfamilie und ebenso der Gemeinde Stöckse«.

Am Sonntagvormittag bei den Galopprennen am Elbstrand, ein paar Stunden später bei den Kartoffeldämpfern in Stöckse im Kreis Nienburg. Das ist normalerweise ein Klacks für den Regierungschef. Doch der Tag fängt nicht besonders fröhlich an. Kaum war McAllisters Dienstwagen auf Krautsand in Parkposition gegangen, stürmte ein privates TV-Team heran, um den CDU-Politiker mit einem Thema zu nerven, das er überhaupt nicht leiden kann: Diese Wulffs. Als ob er nicht schon alle Hände voll zu tun hätte, um die Affären-Klippen seines Vorgängers und Förderers Christian Wulff zu umschiffen, muss McAllister sich jetzt auch noch aus der Gerüchteküche um Bettina Wulff eindampfen lassen. Was ist dran an der Behauptung, die Bettina-Verleumder seien schon früh in den Reihen der CDU zu finden? Das darf man den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden doch wohl mal fragen. Aber McAllister lässt die TV-Leute empört abblitzen. Die Wut legt sich erst, als er einer Rennsiegerin den Ehrenteller des Landes Niedersachsen überreichen darf.

Dann geht es ganz schnell weiter nach Stöckse, wo David die heile Welt wiederfindet. Gleich bei der Ankunft das Niedersachsenlied und anschließend die Geburtstagfeier für die 50 Jahre alte Kartoffeldämpfanlage, das macht die Gedanken froh.

»Wir haben einen gut gelaunten Landesvater erlebt«, schwärmt denn auch Stöckses Bürgermeister Dieter Vehrenkamp, wie schön. Jedenfalls muss sich der juvenile Vater des Landes wahrscheinlich nicht mehr mit zwei Wulffs herumärgern. Bettina will nicht mehr in Talk-Shows auftreten oder öffentlich aus ihrem Buch »Jenseits des Protokolls« vorlesen. Das ist nicht nur für McAllister gut, sondern auch für alle, denen das Getue der Dame schon immer auf die Nerven ging.

Bleibt noch Christian. Dieses Wulff-Gespenst wird die amtierende Landesregierung nicht so schnell los. Denn im Landtag lassen SPD und Grüne nicht locker. Sie wollen wissen, wodie Überschüsse der niedersächsisch-baden-württembergischen PR-Sausen geblieben sind. Unter dem einfallsreichen Titel »Nord-Süd-Dialog« konnte sich Regionalprominenz mit bundesweiten Leuchten wie Veronika Ferres austoben. Die damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff und Günther Öttinger immer vorneweg, als Schirmherren.

Aber das ist Geschichte aus den Jahren 2007 bis 2009. Heute lachen die CDU-Wahlkämpfer über Superparties der Gernegroßen. Sie haben still und heimlich die »Leuchttürme« entdeckt. So bezeichnet der Oldenburger Unternehmer Jürgen R. Viertelhaus sich und seine 241 Mitstreiter im »Club 2013«. Sie dürfen für die CDU spenden und dafür mit Regierungspolitikern ins Gespräch kommen. Viertelhaus findet, dass die CDU die Unterstützung von Persönlichkeiten, »den Leuchttürmen unseres Landes«, benötige.

Mit Leuchttürmen kennt die Niedersachsen-CDU sich aus. Sie hatte auch mal einen. Der ist zum Armleuchter mutiert, wenn die Notizen über ihn »Jenseits des Protokolls« stimmen. ■

Kurt-Peter Christophersen



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

VORWÄRTS
RÄTSEL

Die Herren des Morgengrauen kommen kurz nach Feierabend und bringen Verstärkung mit. Am Abend des 26. Oktober 1962 besetzen acht Beamte des Bundeskriminalamtes und mehrere Überfallkommandos der Hamburger Polizei unter Anleitung des Ersten Staatsanwalts Siegfried Buback die Redaktionsräume des SPIEGEL und lösen damit die erste große Staatskrise der noch jungen Bundesrepublik Deutschland aus. Sie kommen im Auftrag des ganz und gar nicht zuständigen Bundesverteidigungsministers Franz-Josef Strauß, der so seinen Privatkrieg mit SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein auf die Spitze treibt. Es ist nicht »Windiges aus der deutschen Luftfahrt«, das Strauß erzürnt, sondern ein Artikel des SPIEGEL-Redakteurs Konrad Ahlers über die Bundeswehr und Straußens Atompläne mit dem Titel »Bedingt abwehrbereit«. Wenige Tage nach dem Beginn der Kuba-Krise ist dies eine gezielte Provokation. Bundeskanzler Konrad Adenauer wittert einen »Abgrund an Landesverrat«. In der Nacht zum 27. Oktober wird der verantwortliche Redakteur Ahlers mit Hilfe der faschistischen spanischen Regierung im Urlaub in Torremolinos verhaftet. Am 28. Oktober stellt sich SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein freiwillig und bezieht für 103 Tage ein Zimmer im Knast. Vor dem Gefängnis stellen sich alsbald Demonstrierende ein mit Transparenten, auf denen geschrieben steht: »Augstein raus - Strauß rein«. Das geschieht zwar nicht, aber Strauß wird trotzdem zur Verantwortung gezogen und verliert seinen Job. Wann? Zu gewinnen gibt es ein Affären-Buch. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Im September war Max Brauer gesucht. Gewonnen hat Werner Bonus aus Göttingen.

SPD-LANDTAGS-WAHLKAMPF LÄUFT JETZT AUF HOCHTOUREN

Stephan Weil: »Wir werden regieren!«



TeilnehmerInnen aus allen 87 niedersächsischen Wahlkreisen trafen sich vor kurzem in Hannover, um die heiße Phase des Landtags-Wahlkampfes einzuläuten.

Mehr als 100 SPD-Landtagsfraktions-Mitglieder sowie Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl am 20. Januar 2013 haben sich am vorletzten September-Wochenende in Hannover getroffen, um die heiße Phase für den Landtagswahlkampf einzuläuten.

»Überall herrscht eine gute Stimmung in der Partei«, freute sich der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Stephan Weil in seiner Eröffnungsrede. »Wir setzen auf die Zukunftsthemen für Niedersachsen: Gerechte Bildung, faire Löhne, starke Regionen«, erklärt der Politiker, der in den vergangenen Wochen viele Wahlkreise in Niedersachsen besucht hat. Rund 100 Wahlkampf-Tage liegen noch vor den 87 SPD-Kandidatinnen und Kandidaten, die für eine bessere Landespolitik sorgen werden.

Weil vermittelte in seiner Rede Optimismus für den Regierungswechsel. Schwarz-Gelb sei meilenweit von einer Mehrheit in Niedersachsen entfernt. Nach jüngster dimap-Umfrage werden dem neuen Landtag nur noch SPD, Grüne und CDU angehören. Weil: »Wir wollen regieren und wir werden regieren!«

Allerdings dürfte sich die Landes-SPD mit ihren Kandidatinnen und Kandidaten nicht zurücklehnen. Ziel sei nicht nur die rot-grüne Mehrheit, sondern auch, die stärkste Fraktion im Landtag zu werden. Der SPD-Spitzenkandidat warnte vor Spekulationen über andere Koalitionspartner als die Grünen. »Wir sind in einem guten Lauf«, freut sich Weil. Klarheit müsse noch in der Rentenfrage geschaffen werden. Was sein Team für das Landeskabinett anbelangt, sollen die wesentlichen Personalfragen bis zum Landespartei-Tag am 10. November 2012 geklärt sein. Im Gegensatz zur SPD hat die CDU kein vergleichbares Team aufzuweisen.

»Wir haben eine riesige Chance, viele SPD-Direktkandidatinnen und -kandidaten in den neuen Landtag zu bekommen«, erklärte Weil und appellierte an alle anwesenden Kandidatinnen und Kandidaten, möglichst viele Hausbesuche in den Wahlkreisen zu machen, um möglichst viele Bürger zum Gang an die Wahlurne zu motivieren.

Erfolgreicher Dialogprozess zum Regierungsprogramm

»Wir haben einen sehr erfolgreichen Dialogprozess«, sagt Stephan Weil über die noch laufende Diskussion des Wahlpro-

gramms der niedersächsischen SPD, an dem sich neben den Mitgliedern auch viele Bürger ohne Parteimitgliedschaft beteiligen. Die Diskussionsergebnisse werden noch bis zum 26. Oktober berücksichtigt, um dann als Wahlprogramm am 10. November 2012 im Rahmen des Landesparteitags beschlossen zu werden. Ziel ist es, den Entwurf am 9. Oktober 2012 in die Landespartei zu versenden und damit die Grundlage für die weitere Diskussion in den Gliederungen zu bieten.

Bis zum 26. Oktober 2012 (Antragschluss) besteht die Möglichkeit Änderungsanträge einzureichen. Landesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Michael Rüter: »Wir bitten zu beachten, dass die Zusendung von Änderungsanträgen als word-Dokument per E-Mail (lv-niedersachsen@spd.de) die Arbeit erheblich erleichtert.«

Die Themen Bildung, Familienfreundlichkeit und gute Arbeitsplätze spielen im Wahlprogramm eine zentrale Rolle. »Wir wollen die Rückkehr zu Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt«, betont der SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil. Den niedersächsischen Sozialdemokraten geht es dabei vor allem um faire Arbeitsverhältnisse und gerechte Löhne. Im Regierungsprogramm soll ein Mindestlohn von 8,50 Euro flächendeckend für alle Branchen in Niedersachsen verankert werden. ■

JUNGES TEAM FÜR STEPHAN WEIL STARTET IN DEN LANDTAGSWAHLKAMPF



Rund 30 junge Menschen haben sich am 19.09.2012 zur Gründung des »Jungen Teams für Stephan Weil« im hannoverschen AWO-Heim Freundschaft getroffen. Stephan Weil ermutigte alle Mitglieder des Teams, sich in den kommenden Wochen für die Interessen junger Menschen einzusetzen. Gemeinsam wurden erste Wahlkampfaktivitäten geplant. Bis zum Wahltag am 20. Januar 2013 sollen vielfältige Aktionen und Veranstaltungen organisiert werden. Im Mittelpunkt wird der Stephan-Weil-Fußballcup mit Jugendmannschaften aus Vereinen des Wahlkreises Hannover-Buchholz im Dezember stehen. Stephan Weil zeigte sich begeistert von der sehr guten Beteiligung und hohen Motivation des Jungen Teams. ■